

Pressesprecherin: Linda Schädler
Telefon: 0621 181-1434
schaedler@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de

Mannheim, 15. Juni 2022

Presseinformation

GBP-Monitor: Kostendruck steigt – 86% der Einzelhändler planen weitere Preiserhöhungen

Rund drei Monate nach Beginn des Ukraine-Kriegs erholen sich die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen deutscher Unternehmen wieder. Das zeigt der Juni-Bericht des German Business Panel (GBP). Belastet werden Unternehmen derzeit jedoch durch den anhaltenden Kostendruck, den sie wiederum an ihre Kunden weitergeben. Aktuell geben mehr als drei von vier Unternehmen an, die Preise in den kommenden zwölf Monaten erhöhen zu wollen. Unternehmen, die von Energiekosten oder Lieferkettenproblemen betroffen sind und im Zuge eines möglichen Gas-Embargos zusätzliche finanzielle Belastungen erwarten, erhöhen ihre Preise deutlich häufiger. Die Zustimmung für ein Gas-Embargo sinkt zunehmend.

Nachdem die betriebswirtschaftlichen Erwartungen von Unternehmen in Deutschland nach Kriegsausbruch in der Ukraine eingebrochen sind, ist der Abwärtstrend zunächst aufgehalten. Die Gewinn-, Umsatz- und Investitionserwartungen erholen sich gegenüber ihrem April-Tief deutlich. Unternehmen rechnen sogar damit, dass Investitionen und Umsätze in diesem Jahr weiter steigen werden. Belastet wird die betriebswirtschaftliche Situation allerdings durch die anhaltenden Lieferprobleme und den daraus entstehenden Kostendruck. Den geben Unternehmen zunehmend an ihre Kunden weiter: Immer mehr Unternehmen planen ihre Preise weiter zu erhöhen. Das zeigt der Juni-Bericht des German Business Panel (GBP). Das GBP an der Universität Mannheim befragt Unternehmen in Deutschland auf täglicher Basis, welche Veränderungen sie bei Umsätzen, Gewinnen sowie Investitionen erwarten – und berichtet jeden Monat zu aktuellen Fragen.

Preiserhöhungen: insbesondere im Handel und Verarbeitenden Gewerbe

Laut dem aktuellen GBP-Bericht ist insbesondere im Handel und Verarbeitenden Gewerbe der Anteil an Unternehmen, die ihre Preise erhöhen, überdurchschnittlich hoch. In diesen Wirtschaftszweigen gaben zuletzt jeweils mehr als 85 Prozent der Unternehmen (deutschlandweiter Durchschnitt: 76 Prozent) an, ihre Preise in den kommenden zwölf Monaten anheben zu wollen. Im Baugewerbe ging dieser Anteil hingegen zuletzt deutlich zurück und liegt aktuell auf Niveau des deutschlandweiten Durchschnitts. „Da die Zinsen aktuell steigen, können die höheren Finanzierungskosten derzeit zu einer geringeren

Nachfrage führen und die Preise drücken“, erklärt Thomas Simon, akademischer Mitarbeiter des GBP an der Universität Mannheim.

Insbesondere die steigenden Energiekosten sind es, die Unternehmen derzeit zu Preiserhöhungen bewegen. Während nur 48,5 Prozent der Unternehmen, die nicht oder nur indirekt von den Folgen des Kriegs betroffen sind, planen, ihre Preise anzuheben, gilt dies bei Unternehmen, die von den steigenden Energiekosten besonders belastet sind, für 73 Prozent. Störungen der Lieferketten sowie Beeinträchtigungen der eigenen Geschäfte in der Ukraine und Russland erhöhen die Wahrscheinlichkeit für Preiserhöhungen um bis zu 10 weitere Prozentpunkte.

Mögliches Gas-Embargo zeigt bereits jetzt Wirkung

Die neuen Daten des GBP zeigen zudem: Auch das mögliche Erdgas-Embargo gegenüber Russland scheint sich auf die betriebliche Preisplanung auszuwirken. Unternehmen, die Erdgas direkt in der eigenen Produktion oder entlang der Lieferkette einsetzen, erhöhen ihre Preise deutlich häufiger als Unternehmen, die nicht auf Erdgaslieferungen angewiesen sind oder diesen Rohstoff lediglich für Heizzwecke nutzen. „Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Unternehmen mit einer hohen Abhängigkeit von Rohstoffen aus Russland bereits jetzt, das heißt ohne konkrete Beschlüsse, auf ein mögliches Erdgas-Embargo mit einer Anpassung ihrer betriebswirtschaftlichen Planung reagieren“, erklärt Prof. Dr. Jannis Bischof, Inhaber des Lehrstuhls für ABWL und Unternehmensrechnung an der Universität Mannheim.

„Die Belastungen im Zuge der Sanktionen gegen Russland könnten auch ein Grund dafür sein, warum zuletzt immer weniger Unternehmen ein Gas-Embargo befürworten“, so Bischof weiter. Der Anteil an Unternehmen, die ein solches Embargo nicht unterstützen, ist seit Beginn des Ukraine-Kriegs deutlich gestiegen und liegt bei 41% mit ablehnender und 29% mit neutraler Haltung.

Den „GBP-Monitor: Unternehmenstrends im Juni 2022“ finden Sie hier:

https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2022/06/gbp_monitor_2022_06.pdf

Weitere Informationen zum GBP-Monitor

Das German Business Panel befragt monatlich mehr als 800 Unternehmen zur Unternehmenslage in Deutschland und erhebt dabei Daten zu 1) erwarteten Umsatz-, Gewinn- und Investitionsänderungen, 2) unternehmerischen Entscheidungen, 3) der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche und 4) der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik. Zudem wird jeden Monat zu besonders aktuellen Fragen berichtet. In diesem Monat haben wir den Unternehmen unter anderem die folgende Frage gestellt: Bedroht der Ukraine-Krieg deutsche Unternehmen in ihrer Existenz? Welche Belastungen erwarten Entscheidungsträger der Unternehmen im Zuge dieser neuerlichen Krise? Und wie bewerten sie ein Rohstoff-Embargo?

Hintergrundinformationen zum German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten

überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“ (www.accounting-for-transparency.de).

Der Sonderforschungsbereich (SFB) „TRR 266 Accounting for Transparency“ startete im Juli 2019 und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für zunächst vier Jahre gefördert. Er ist der erste SFB mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt. Am SFB sind rund 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von neun Universitäten beteiligt: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, Frankfurt School of Finance & Management, Goethe-Universität Frankfurt am Main, WHU - Otto Beisheim School of Management, und Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das Fördervolumen des SFBs beträgt rund 12 Millionen Euro.

Kontakt:

Prof. Dr. Jannis Bischof
Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-1630
E-Mail: jbischof@uni-mannheim.de

Yvonne Kaul
Forschungskommunikation
Tel: +49 621 181-1266
E-Mail: kaul@uni-mannheim.de